

MARKTBEHERRSCHUNG - sgv klagt bei der Wettbewerbskommission gegen das Zürcher Medienunternehmen Tamedia. 1/2

INTERVIEW - St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter schliesst ein Doppelmandat aus.

GEWERBE AKTUELL - Offenheit und Skepsis: Die freien Berufe befassen sich mit dem Thema E-Government. 4

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler,
Direktor Schweizerischer
Gewerbeverband sgv

Nicht noch mehr Bevormundung

Am 12. April wird der Nationalrat das Präventionsgesetz beraten. Der heutige 1. April allerdings würde sich für die Beratung dieser missratenen Vorlage bedeutend besser eignen. Denn der Bundesrat schießt mit seinem Vorschlag weit über das – sinnvolle – Ziel einer angemessenen Präventionspolitik hinaus. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv und mehr als 20 ihm angeschlossene, direkt betroffene Dach- und Branchenverbände lehnen das Präventionsgesetz in der vorliegenden Form entschieden ab.

Der Abbau von Regeln und Vorschriften ist eines der Kernanliegen des sgv. Eine vom Schweizerischen Gewebekongress vor Jahresfrist einstimmig verabschiedete Resolution fordert eine Reduktion der Regulierungskosten um netto 20 Prozent bzw. um 10 Milliarden Franken bis ins Jahr 2018. Was der Bundesrat nun vorschlägt, geht genau in die entgegengesetzte Richtung: Das Präventionsgesetz bringt, unter dem Deckmäntelchen des Gesundheitsschutzes, eine Unmenge an völlig unnötigen und kosten-treibenden zusätzlichen Regulierungen. Beispiele gefällig? Bitte! Da steht zuoberst auf der Agenda der massiv erweiterte Begriff «Krankheit» im Gesetzesentwurf: «Die Beeinträchtigung der körperlichen oder psychischen Gesundheit, die nicht die Folge eines Unfalls darstellt» (Art. 3 lit. d des Entwurfs) hätte gemäss Minderheitsantrag der nationalrätlichen Kommission zur Folge, dass auch bei unbedeutenden Beeinträchtigungen wie schwachem Kopf- oder Zahnweh oder leichten Rückenschmerzen bereits die gesamte staatliche Präventionsmaschinerie in Bewegung gesetzt werden könnte – zum Leidwesen der KMU, die mit zusätzlichen Belastungen zu rechnen hätten. Weiter würden Präventions- und Sozialpolitik auf höchst problematische Art und Weise vermischt, indem das Gesetz «zur Reduktion gesundheitlicher Ungleichheiten beitragen» soll. Nicht auszudenken, welche neuen, willkommenen Aktionsfelder sich dem umtriebigen Bundesamt für Gesundheit hier bieten würden – und zu welcher unkontrollierbaren Kosten.

Das Gewerbe steht hinter einer sinnvollen Prävention und unterstützt darum entsprechende Aktionen, etwa im Bereich der Arbeitssicherheit oder beim Jugendschutz, indem Mitarbeitende in Verkauf und Service noch besser ausgebildet und sensibilisiert werden. Der sgv sagt Ja zu einer Prävention in Selbstverantwortung – hingegen kategorisch Nein zur flächendeckenden, etatistischen Präventions-Bevormundung.

MISSBRAUCH DER MARKTBEHERRSCHUNG - Leider kein Aprilscherz: Der sgv klagt bei der Wettbewerbskommission (Weko) gegen Tamedia wegen massiv überhöhter Inseratarife in der Romandie.

Ein Medienriese auf Abwegen

Garagist J.-L. T.* glaubte an einen Irrtum, als er im vergangenen August beim Gratisblatt «20 minutes» ein viertelseitiges Inserat für seine Septemberaktion aufgeben wollte. Die Annonce hätte ihn fast die Hälfte mehr als vor einem Jahr gekostet – bei gleicher Grösse und Platzierung. Wie dem Neuenburger KMU-Patron erging es der kleinen Werbeagentur M.* aus Morges: Für ihre Anzeige hätte sie dem Pendlerblatt satte 45 Prozent mehr hinblättern sollen. Beide mussten verzichten – und beschwerten sich bei ihren Branchenverbänden über die Nepp-Praktiken. Die Klagen landeten schliesslich beim Schweizerischen Gewerbeverband sgv, der den Sachverhalt abklären liess.

Enorme Tariferhöhungen

Es stellte sich schnell heraus, dass die Aufschläge die Folge eines Eigentümerwechsels waren. Die Zürcher Tamedia-Gruppe hatte im September 2009 die schweizerischen Geschäftstätigkeiten vom welschen Verlag Edipresse übernommen. Daraufhin wurden die sich bisher konkurrierenden Gratistageszeitungen «20 minutes» von Tamedia und «le Matin bleu» von Edipresse fusioniert. Übrig blieb nur ein Produkt, nämlich «20 minutes». Und da schöpfte der Zürcher Medienriese unzweifelhaft aus dem Vollen: in den beiden folgenden Jahren gab es massive Erhöhungen der Inseratarife. Bis zu 45 Prozent waren für das Jahr 2010, weitere 10 Prozent kamen 2011 hinzu.



Kritischer Blick in «20 minutes»: sgv-Präsident Nationalrat Bruno Zuppiger wirft dem Verlag Tamedia in der Romandie Missbrauch der Marktbeherrschung vor.

Krasser Missbrauch

Für den sgv sind derartige Preissprünge ein klarer Missbrauch der dominierenden Marktstellung des Tages-Anzeiger-Imperiums bei den Westschweizer Gratis-Pendlerzeitungen. Gewerbeverbandspräsident und Nationalrat Bruno Zuppiger: «Laut einem Weko-Befund ist Tamedia nach dem Schlucken der Edipresse in diesem Bereich marktbeherrschend, weil sie über 100 Prozent Marktanteile verfügt. Dennoch wurde die Fusion bewilligt. Die überhöhten Inse-

ratentariife sind deshalb nichts anderes als ein bewusster, krasser Missbrauch der Marktbeherrschung.» Was dem sgv noch saurer aufstösst ist die Tatsache, dass vor allem die KMU vom Zürcher Medienriesen abgezockt werden. «Während Grosskunden dank Mengenrabatten und anderen Vorteilen viel bessere Konditionen für ihre Anzeigen erhalten, müssen die kleineren Inserenten diese überhöhten Preise schlucken, sofern sie sich diese überhaupt leisten können», kritisiert Zuppiger.

Offensichtliche Verstösse

Um die Interessen der Westschweizer KMU zu schützen, hat der sgv diese Woche bei der Weko in Bern beantragt, gegen Tamedia eine Untersuchung wegen Verstössen gegen das Kartellgesetz einzuleiten und alle notwendigen Massnahmen vorzunehmen, um die Wettbewerbsbeeinträchtigungen im Anzeigenmarkt zu beseitigen. «Wir gehen davon aus, dass die Wettbewerbskommission interveniert», hält dazu sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler fest, «insbesondere weil die Weko die marktbeherrschende Stellung von Tamedia bereits festgestellt hat und der Preismissbrauch zulasten der Marktgegenseite offensichtlich ist.»

Die vom sgv konsultierten Wirtschaftsanwälte konnten keine plausiblen Gründe für die Preiserhöhung erkennen. «Der Preismissbrauch lässt sich bei solchen Steigerungen kaum von der Hand weisen», sagt ein prominentes Mitglied aus der Zunft der Kartellrechtsanwälte. Ein dem Bundeshaus nahestehender Insider fügte zudem an, dass «in diesem Fall die Weko den Nachweis antreten muss, dass sie es mit der Anwendung des Kartellrechts ernst meint. Ein Lavieren der Weko um den Preismissbrauch von Tamedia herum würde mit Sicherheit nicht dazu beitragen, der Weko im Zuge der anstehenden Kartellrechtsrevision neue Kompetenzen zu geben.» Gst

SEITE 2

*Namen der Redaktion bekannt

GESUNDHEITSPOLITIK - Auf Einladung des kf forums wurde in Zürich über das Gesundheitswesen diskutiert.

Mehr Transparenz nötig



sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler (links) erteilte dem Schweizer Gesundheitswesen die Note 3.

Das Schweizer Gesundheitswesen ist mit seiner hohen Qualität zwar sehr patientenfreundlich, bezüglich Konsumentenfreundlichkeit besteht aber Handlungsbedarf. Am 23. März diskutierten Vertreter aus Ärzteschaft, Politik und Wirtschaft in Zürich an einer Podiumsveranstaltung des Konsumentenforums kf, wie die überbordenden Gesundheitskosten gesenkt werden könnten, ohne die Qualität zu schmälern.

sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler warnte davor, am heutigen Zick-Zack-Kurs festzuhalten. «Wir brauchen eine langfristige, nationale Gesundheitsstrategie», so Bigler. Im heutigen Zustand könne er dem Gesundheitswesen nur die Note 3 erteilen. Die weiteren Diskussionsteilnehmer, unter ihnen kf-Präsidentin Franziska Troesch-Schnyder und der Zürcher Gesundheitsdirektor Thomas Heinger, stimmten dem sgv-Direktor zu, dass es im Gesundheitswesen mehr Markt und mehr Transparenz brauche.

met

BERICHT AUF SEITE 6